



DSTG beim Fachgespräch im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“:

## Gemeinnützigkeitsrecht nicht politisieren!

Weitere Themen  
in diesem Heft

Fachgespräch im  
Finanzausschuss:  
Umsatzsteuer-  
karusselle

DSTG im Dialog  
mit dem  
niedersächsischen  
Finanzminister



## Liebe Kollegin, lieber Kollege,

fast unbemerkt haben am 19. Dezember der Bundestag und am 20. Dezember der Bundesrat dem „Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht“ zugestimmt. Zuvor war im Vermittlungsausschuss ein Kompromiss gefunden worden. Das Vermittlungsverfahren fand statt, weil die Bundesländer einen Ausgleich für Steuerausfälle durch dieses Gesetz haben wollten.

Dieses spezifische Gesetz enthält Punkte, die viele von Ihnen betreffen, sei es als Steuerzahler, sei es als Rechtsanwender in den Finanzbehörden. Teurer werden jedenfalls für uns alle die Energiepreise, weil ein Einstieg in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung stattfindet: von zunächst 10 Euro/Tonne über 25 Euro (ab 2021) auf 55 Euro/Tonne im Jahr 2025. Ebenso steigt die Luftverkehrsteuer für Starts ab Januar 2020.

Durch diese Maßnahmen soll der Verbraucher zum Energiesparen angehalten werden. Damit soll sich der klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern. Im Gegenzug wird die Umsatzsteuer für Fernreisen mit der Bahn von 19 Prozent auf 7 Prozent reduziert. Damit fallen auf alle Zugreisen künftig einheitlich 7 Prozent an. Die Bahn hat diese Steuersenkung bereits für erste Preissenkungen benutzt. Man wird als Kunde jedoch sehr aufmerksam beobachten müssen, dass Preisreduzierungen nicht durch Trickserien in Zukunft wieder aufgeholt werden.

Längst überfällig wird auch die Pendlerpauschale erhöht. Ab 2021 werden ab dem 21. Entfernungskilometer 35 Cent verrechnet, ab 2024 bis 2026 sogar 38 Cent. Diese Erhöhung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der „Sprit“ merklich teurer werden wird und die Erhöhung nur für Fernpendler wirkt. Ein gewisses Kuriosum stellt in diesem Zusammenhang die neue „Mobilitätsprämie“ dar. Wer arbeitet, pendelt, dessen Steuer aber unterhalb des Grundfreibetrages liegt, bekommt die Erhöhung der Pendlerpauschale im Wege eines Geldbetrages – der Mobilitätsprämie – ausbezahlt. Was für ein neuer Arbeitsaufwand kommt da auf die Finanzämter zu? Diese müssen dann in der Steuertabelle „jenseits von Null“ arbeiten, und die Verwaltungskosten werden höher als die einzelne Prämie ausfallen. Ein Schildbürgerstreich! Der Vorschlag der DSTG, der Arbeitgeber möge diese Prämie gleich bei der Lohnzahlung erledigen, verhallte leider ungehört!

Licht und Schatten liegen auch beim neuen steuerlichen Abzugsbetrag nach § 35 c EStG nahe beieinander. Energetische Sanierungsmaßnahmen an selbst genutztem Wohneigentum können ab 2020 für einen befristeten Zeitraum von zehn Jahren durch einen Abzug von der Steuerschuld gefördert werden. 20 Prozent der Aufwendungen, maximal 40.000 Euro in drei Jahren. Die maximale Investitionssumme für bestimmte Einzelmaßnahmen (beispielsweise die Erneuerung einer Heizungsanlage) beträgt also 200.000 Euro. Ein stolzer Betrag und ein erklecklicher Zuschuss für diejenigen, die davon profitieren können. Andererseits dürfte diese Sache zu einer ganz erheblichen Mehrarbeit auf den Veranlagungsstellen führen. Klima hin, Klima her – aber bitte nicht einseitig auf dem Rücken unseres Innendienstes, der hierfür wie für vieles andere kein zusätzliches Personal bekommt. Leider interessierte das in Berlin niemand, kann man doch in der Hauptstadt lächelnd auf die Personalhoheit der Länder verweisen. Uns bleibt daher nichts anderes übrig, als durch zähe Gespräche in den Ländern auf diesen negativen Zusammenhang hinzuweisen. Wer üppige Subventionen durch das Finanzamt schleust, muss dann auch für entsprechende Stellen sorgen. Sonst wird das Klimavorhaben schon an dieser Stelle unglaublich! Außerdem wird – wie bei Subventionen die Erfahrung lehrt – ein großes Fass für Trickserien aufgemacht.

Eine besondere Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages fand nicht statt. Umso mehr werden wir als Ihre Fachgewerkschaft bei der Umsetzung der Neuregelungen den Finger in die Wunde legen. Wir bleiben dran!

Herzlichst

Ihr

Thomas Eigenthaler,  
Bundesvorsitzender

### > DSTG

- ▶ DSTG beim Fachgespräch im Bundestagsfinanz-  
ausschuss: „Umsatzsteuerkarusselle lassen  
sich am besten durch sehr schnelles Ein-  
greifen bekämpfen“ 4
- ▶ Bürgerschaftliches Engagement und Gemein-  
nützigkeitsrecht: Die DSTG warnt vor Politi-  
sierung des Gemeinnützigkeitsrechts 5
- ▶ Die DSTG im Gespräch mit dem niedersäch-  
sischen Finanzminister: Ein konstruktiver und  
vertrauensvoller Meinungs-austausch 6
- ▶ Bundestagspräsident a. D. Norbert Lammert  
auf dem Neujahrsempfang der DSTG Hessen:  
Demokratie braucht Leidenschaft 8
- ▶ Kosten für ein Erststudium: DSTG begrüßt  
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 9
- ▶ Wichtiger Termin: Wahl des Hauptpersonal-  
rats beim Bundesfinanzministerium 9
- ▶ Erhard Geyer seit 60 Jahren in der DSTG Rhein-  
land-Pfalz: Gratulation zum „diamantenen“  
Jubiläum 10
- ▶ Klausur der Verantwortlichen  
mit den Stufenpersonalräten: Der konkrete  
Umgang mit dem KONSENS-Gesetz 11
- ▶ Bewerbungen schwerbehinderter Menschen:  
Bundesarbeitsgericht betont Beweislast-  
umkehr 12
- ▶ Neujahrsempfang des Bundes der Steuerzahler 12
- ▶ DSTG-Bundesfrauenvertretung bringt gut  
60 Anträge in den Dachverband ein: Breite  
Zustimmung für die Anträge der DSTG-Frauen 13
- ▶ Bundesjugendleitung trifft Bildungsausschuss:  
Berufliche Perspektiven 14
- ▶ Seminar für Führungskräfte in der Finanz-  
verwaltung: Führung 4.0 – Ansätze für eine  
neue Personalführung 15
- ▶ Tauschcke 16

### > dbb

- ▶ Spitzentreffen im Bundesinnenministerium 17
- ▶ 5. Forum Behindertenpolitik im April 2020:  
Nicht ohne uns über uns! 18
- ▶ dossier  
Vor Verhandlungen mit den Kommunen:  
Sozialpädagogische Fachkräfte brauchen  
Profibezahlung 20
- ▶ dbb akademie 22
- ▶ arbeitnehmerrechte  
Arztbesuch während der Arbeitszeit 24
- ▶ service für dbb mitglieder 26
- ▶ jugend  
dbb Jugendpolitische Kommission 28
- ▶ reportage  
GovLab Arnsberg: So kommt das Neue  
in die Verwaltung 30
- ▶ nachgefragt bei ...  
... Hans-Josef Vogel, Regierungspräsident  
von Arnsberg 34
- ▶ senioren  
Dialog mit der Politik 35
- ▶ vision  
Die Stadt der Zukunft: Im Jahr 2050 und 2500 38
- ▶ blickpunkt  
Futurium in Berlin 40
- ▶ Das Smart-City-Projekt der Bundesregierung 42
- ▶ interview  
Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des  
Deutschen Städtetages 46